

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

der **Haushalt 2023** markiert einen Wendepunkt in vielerlei Hinsicht, wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen.

Zwar fast überwunden, dennoch, die Corona-Pandemie hat das öffentliche Leben stark beeinflusst, zur Stabilisierung der Wirtschaft waren erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Man wähte sich schon auf einem guten Weg zur Bewältigung dieser Krise, als mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein neues erschreckendes Problem hinzukam. Viele Menschen vor allem Frauen und Kinder mussten vor einem verbrecherischen Regime fliehen.

Es ist selbstverständlich diese Menschen aufzunehmen und ihnen Schutz zu bieten.

Eine weitere Herausforderung sind explodierende Energiekosten, die Verteuerung von Lebensmitteln und der Mangel vieler Materialien.

Und schließlich, nach 7 fetten Jahren mit sinkender Kreisumlage, stehen nunmehr Jahre mit steigender Kreisumlage vor uns. Das wird zum Problem vor allem für die Kommunen. Was können wir tun?

Da die **Einnahmen** bis auf die Kreisumlage kaum beeinflussbar sind, können wir nur die Ausgaben reduzieren.

Da gibt es **Ausgaben**, die nicht oder nur wenig disponibel sind, wie zum Beispiel der Bereich Jugend und Soziales. Hier fordern wir Bund und Land auf, die Bürokratie zu verschlanken anstatt immer mehr aufzublähen. Das entlastet das Personal und spart Kosten.

Von uns beeinflussbar, aber dringend erforderlich sind die Bereiche **Klimaschutz**, aber auch Gesundheitsfürsorge und Digitalisierung.

Nachdem in Scharm-el-Scheich keine klare Aussage zum 1,5-Grad-Ziel erreicht wurde, ist es um so wichtiger, dass wir in erneuerbare Energien investieren. Neben der Errichtung von Windrädern insbesondere in stark windhöffigen Zonen, dem Bau von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden und geeigneten Freiflächen sollten wir uns auch für eine Verbesserung der Übertragungswege einsetzen, wohl wissend, dass diese nicht schwerpunktmäßig in unserem Landkreis liegen. Um hier schnell voranzukommen, stimmen wir zusätzlichen Personalstellen zu.

Weiterhin ist eine hochwertige **Gesundheitsfürsorge** für uns ein äußerst wichtiges Thema:

Wir sind besorgt über die steigenden Baukosten der Flugfeldklinik und die zunehmend teurer werdende Finanzierung infolge der gestiegenen Zinsen. Trotzdem stehen wir weiter zu diesem Zentralklinikum und sind der Überzeugung, dass es eine zukunftsweisende Investition für die Menschen in unserem Landkreis ist. Neben einer spürbaren Qualitätssteigerung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit erwarten wir eine deutliche Reduktion der Betriebskosten und damit des Abmangels, der Jahr für Jahr vom Landkreis getragen werden muss.

Es steht außer Frage, dass der Betriebsverlust von derzeit über 30 Millionen Euro möglichst bald gesenkt werden muss. Dabei setzen wir große Hoffnungen auf unseren neuen Geschäftsführer, Herrn Schmidtke, der aus seiner früheren Tätigkeit viel Erfahrung mitbringt. Im Rahmen der Klausurtagung hat er uns überzeugend dargelegt, wie dies gelingen kann.

Nach seiner Einschätzung sollte u.a. das Kostenbewusstsein in den verschiedenen medizinischen Abteilungen geschärft und die Ausgaben für Leasingkräfte deutlich reduziert werden.

Wir bekennen uns klar zu den Standorten Leonberg und Herrenberg. Beim Angebot der medizinischen Versorgung muss unter Umständen neu nachgedacht werden, mehr ambulante und weniger stationäre Versorgung. Eine Verzögerung im Zeitplan können wir aus medizinischen Gründen mittragen, nicht jedoch aus nur rein finanziellen Gründen.

Die derzeitige Klinikstruktur ist äußerst kompliziert. Sie zu vereinfachen ist das Gebot der Stunde. Wir stehen zur Fusion der zwei Klinikverbände.

Ebenso dringend erforderlich ist eine **Digitalisierung** sowohl der Verwaltung als auch beim Bürgerservice. Wir haben die Hoffnung nicht verloren, dass sich die Digitalisierung in einer Vereinfachung der Abläufe und längerfristig in weniger Personalaufwand auswirkt.

Ebenfalls beeinflussbar, auch wichtig, aber vielleicht erst in der zweiten Prioritätsstufe sind Themen wie Erhalt und Ausbau der Infrastruktur.

Das **Schulsanierungsprogramm** ist fortzuschreiben. So schwer es uns fällt, die ganz großen Investitionen müssen notgedrungen in den kommenden Jahren eingereicht werden. Uns ist es wichtig, dass wir nach Fertigstellung der Flugfeldklinik zeitnah die Sanierung der Schulen umsetzen und die Zeit bis dahin nutzen, eine zukunftsweisende Strategie auszuarbeiten.

Der eigenwirtschaftliche **Breitbandausbau** geht zügig voran. Ergänzend gibt es Ortslagen, die über das „Graue-Flecken-Programm“ hätten gefördert werden können. Leider ist das Förderprogramm bereits ausgeschöpft, soll aber 2023 wieder aufgelegt werden. Wir bedanken uns bei der Landkreisverwaltung, dass der eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau weiter forciert wird.

Dass wir uns beim **Straßenbau** auf die Pflege und Erhaltung konzentrieren, findet unsere Zustimmung.

Um weiteres Wachstum des Kfz-Verkehrs zu begrenzen, ist es unerlässlich die Verkehrsmittel des Umweltverbundes zu fördern, also Bahn- und Busverkehr sowie Rad- und Fußverkehr. Dabei geht es um Investitionen, Betriebskosten und nachhaltige Konzepte.

Zuerst zum **Schieneverkehr**.

Die Situation bei der Schönbuchbahn ist äußerst ärgerlich, eigentlich unerträglich. Es geht dabei nicht nur um Regressforderungen an die Firma CAF, auch das Ansehen des Kreises ist stark beschädigt.

Für uns nicht akzeptabel ist, dass über mindestens ein Jahrzehnt ausschließlich die eingleisige Güterbahn Korntal – Kornwestheim die einzige betrieblich nutzbare Verbindung vom Landkreis in das Bahnnetz der Deutschen Bahn AG außerhalb der S-Bahn-Strecken ist. Wir fordern alle Beteiligten auf, schnellstmöglich nach Lösungen zu suchen, die unseren Landkreis besser an das Bahnnetz anschließen, zum Beispiel durch eine neue Gleisverbindung im Bereich von Zuffenhausen.

Der **Busverkehr** ist eine wichtige Ergänzung des Bahnverkehrs. Insgesamt sind die Kosten aber hoch. Deshalb erscheint es uns sowohl aus finanziellen als auch aus ökologischen Gründen richtig, den Bedarf mehr in das Blickfeld zu nehmen und den On-Demand-Verkehr nicht nur als Ergänzung sondern auch als Ersatz von Busverkehren zu sehen.

Das Ziel den **Radverkehr** zu stärken findet unsere Zustimmung. Bei den Radschnellwegen ist die Förderquote sehr hoch, da kann mit überschaubarem finanziellen Einsatz des Kreises viel erreicht werden. Uns beschäftigt aber die Frage, wer kommt für die Pflege und den Unterhalt dieser Radschnellwege auf und wie sehr belastet dies unseren Haushalt in der Zukunft. Solange diese Frage nicht geklärt ist, sollten wir uns auf die Radschnellwege konzentrieren, die so viel Nutzer erwarten lassen, dass das Land die Unterhaltungslast übernimmt.

Und dann ist noch der **Schlachthof Gärtringen**. Dessen Sanierung birgt ein weiteres Haushaltsrisiko. Der Kreistag hat beschlossen sich an den Umbaukosten von 10,5 Millionen mit 6 Millionen € zu beteiligen.

Nachdem das Land Baden-Württemberg einen Zuschuss von 3,5 Millionen bereitstellt, hat der Landkreis Tübingen und die Stadt Rottenburg zugesagt sich mit 1 Million € an den Umbaukosten zu beteiligen.

Dieser Zuschuss von 1 Million € ist jedoch erheblich gefährdet. Derzeit läuft in Rottenburg ein Bürgerentscheid mit dem Ziel den dortigen Schlachthof zu erhalten; wird der Bürgerentscheid positiv entschieden, wird dieser Zuschuss entfallen.

Neben dem Entfall dieser Investitionszuschüsse droht auch die Wirtschaftlichkeit des Schlachthofes Gärtringen in Schieflage zu geraten. Denn bei Fortbestand des Rottenburger Schlachthofes würde auch die Nutzung des Gärtringer Schlachthofes durch im Landkreis Tübingen ansässige Landwirte und Metzgereibetriebe entfallen.

Hinzu kommt, dass bei den bisher geschätzten Umbaukosten von ca. 10,5 Millionen zwischenzeitlich eingetretene Baupreiskosten noch nicht ausreichend berücksichtigt sind, sodass sich das erforderliche Finanzierungsvolumen noch deutlich erhöhen dürfte.

Dadurch zeichnet sich ein erhebliches Haushaltsrisiko für den Landkreis ab.

Wir sind deshalb der Auffassung, dass die Beteiligung des Landkreises Böblingen an den Umbaukosten des Schlachthofes Gärtringen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls angepasst bzw. überprüft werden muss.

Bei diesen dringenden und wichtigen Aufgaben bei gleichzeitigem Rückgang der Steuerkraftsumme ist eine Zunahme der **Kreisumlage** unausweichlich. Da wir in der Vergangenheit die Umlage eher niedrig gehalten haben, stehen jetzt auch nur wenig Rücklagen zur Verfügung. Wir halten die vorgeschlagene Kreisumlage von 32 Prozent für richtig, zumal viele unkalkulierbare Risiken im Haushaltsentwurf stecken.

Wir **bedanken** uns bei allen Beschäftigten der Verwaltung. Unser ausdrücklicher Dank geht an jene, die mit der Haushaltserstellung direkt befasst waren und uns unterstützt haben. Vielen Dank.

FDP-Fraktion